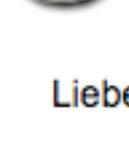



Wünscht sich die SVP heimlich ein Nein?

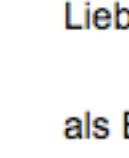

Neues Format auf Blick.ch: Jeden Freitag kreuzen die Nationalrätinnen Nadine Masshardt (SP) und Natalie Rickli (SVP) per Mail die Klingen. Zum Auftakt geht es um die Masseneinwanderungs-Initiative.

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Natalie Rickli

Liebe Natalie

letzte Woche wurden die neusten Umfragewerte zu den Abstimmungen publiziert. Bei Eurer Abschottungsinitiative wird es sehr knapp. Im Schlusspurt werbt Ihr mit fraglichen „statistischen“ Zahlen zur Einwanderung, mit drohenden Indianerreservaten und Burkaträgerinnen. Frage: Was hältst du persönlich von diesen doch sehr weit hergeholteten Inseratesujets? Und ganz ehrlich: Im Wissen um die gravierenden Konsequenzen, insbesondere für unsere Wirtschaft, wollt Ihr diese Abstimmung wirklich gewinnen oder wünscht Ihr Euch am Ende nicht doch eher ein knappes Nein?

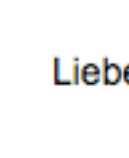

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Natalie Rickli**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

als Erstes freut es mich, dass sich die SP Sorgen um die Wirtschaft macht. Diese sind unbegründet. Bei jeder SVP-Initiative werden die Sujets zum Thema, statt dass über Fakten gesprochen wird. Diese sprechen eine klare Sprache. Wie erklärst Du den Stimmbürgern, dass statt den angekündigten 8000 pro Jahr 80'000 Personen in die Schweiz einwandern? Und dass bei den eingewanderten „Berufsgruppen“ (2012, gemäss Statistik Bundesamt für Migration) nicht die Hochqualifizierten den Hauptteil ausmachen, sondern: 1. Familiennachzug, 2. Aus- und Weiterbildung, 3. Kaufmännische Angestellte, 4. Nichterwerbstätige, etc.?

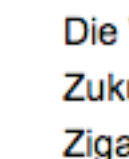

Liebe Grüsse
Natalie

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Natalie Rickli

Liebe Natalie



Ich hingegen bin erstaunt, dass der SVP die Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze offenbar gleichgültig sind. Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte aus dem EU/EFTA-Raum besitzt ein abgeschlossenes Studium. Unter anderem haben wir zu wenig inländische Ärzte und Pflegepersonal. Aber auch beim Durchstich des Gotthard-Basistunnels stammten 87 Prozent der Arbeitskräfte aus dem Ausland. Und wer würde sonst das Gemüse auf den Feldern ablesen? Du weisst: Kontingente bringen nicht automatisch weniger Zuwanderung. In den 1960ern war sie höher – trotz Kontingenten. Nehmen wir die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst, braucht es flankierende Massnahmen für den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie eine Bildungsoffensive. Weshalb bietet die SVP dazu nicht Hand und hat im Parlament gegen entsprechende SP-Vorschläge gestimmt? Betreibt Ihr nicht vor allem Dauerwahlkampf statt Problemlösung?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Natalie Rickli**
An: Nadine Masshardt

Die Wirtschaft wird die benötigten Arbeitskräfte auch in Zukunft erhalten. Mich haben die Aussagen im BLICK von Zigarrenfabrikant Heinrich Villiger, Bruder des ehemaligen FDP-Bundesrates Kaspar Villiger, beeindruckt. Er sagt, die Grenze der Zuwanderung sei erreicht und *«Die Wirtschaftstreibenden interessiert nur ihr persönlicher Vorteil. Das eigene Wachstum. Jeder, der einen Laden hat, freut sich über mehr Zuwanderer, denn umso besser läuft sein Geschäft.»* Wenn die Leute entlassen werden und dem Staat auf der Tasche liegen, interessiert das die Unternehmer nicht mehr. Ist Dir bewusst, dass schon heute zwischen 45-50 Prozent der Arbeitslosen-, IV- und Sozialhilfebezügler Ausländer sind? Und das bei einem Ausländeranteil von 23 Prozent... Die von Dir geforderten flankierenden Massnahmen sind ja gerade der Beweis dafür, dass die Personenfreizügigkeit Probleme mit sich bringt. Statt das Problem an der Wurzel zu packen, fordert ihr sozialistische Scheinlösungen. Diese lehne ich klar ab. Die Wirtschaft übrigens auch.

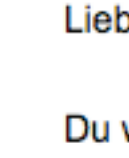

Liebe Grüsse
Natalie

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Natalie Rickli

Liebe Natalie

Eure radikale Initiative ist schlecht für das Erfolgsmodell Schweiz: Vom Schweizerischen Bauernverband über den Gewerbeverband bis hin zu Hotelleriesuisse und Arbeitgeberverband sowie sämtliche Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen sind alle gegen die Abschottungsinitiative. EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürger bezahlen insgesamt mehr Leistungen in die Sozialwerke ein, als sie beziehen. Sie finanzieren damit unsere Bezüge mit. Diese Tendenz hat sich seit der Einführung der Personenfreizügigkeit verstärkt. Die SVP ist nicht nur gegen flankierende Massnahmen, sondern war auch gegen das neue Raumplanungsgesetz, die Zweitwohnungsinitiative sowie aktuell gegen FABI. In der Abstimmungskampagne setzt ihr aber auf die Argumente der zubetonierten Landschaften und der vollen Züge. Sind dies nicht Widersprüche, die aufzeigen, dass es euch mehr um die Problembewirtung als um echte Lösungen geht?

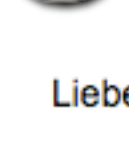

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Natalie Rickli**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Du weisst genau, dass die EU-/EFTA-Bürger erst in die Sozialwerke einzahlen, wenn sie einwandern. Schweizer und bereits hier wohnende Ausländer sind bereits mit 18 Jahren beitragspflichtig. Deine Argumente sind total widersprüchlich: 80'000 neue Personen benötigen pro Jahr (!) 34'500 Wohnungen, 42'000 Personenwagen, 380 Spitalbetten, 70 neue Schulhäuser und Kindergärten, 120-200 Windkraftanlagen und bedeuten 1,1m² Kulturlandverlust pro Sekunde. Das sind die Probleme unseres schönes Landes. Eine andere Frage: Micheline Calmy-Rey hat am Wochenende empfohlen der EU beizutreten. Teilst Du diese Meinung?

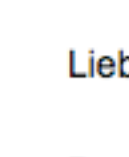

Liebe Grüsse
Natalie

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Natalie Rickli

Liebe Natalie

Am Sonntag stimmen wir nicht über einen EU-Beitritt ab, sondern über den mehrfach von der Bevölkerung bestätigten Bilateralen Weg. Bei einem Ja zur Abschottungsinitiative und somit Nein zu den Bilateralen wäre die Beitrittsfrage wohl aktueller als Dir lieb ist... Es erstaunt mich, dass Ihr mit Eurer Initiative – und den Zahlenschiebereien dazu – Asylbewerber, Austauschstudierende und Hochqualifizierte in den gleichen Topf werft. Das führt zu verzerrten Diskussionen. Die sonst so staatskritische SVP wünscht sich planwirtschaftliche Kontingente. Wie gross sollte ein solches denn sein? Ich möchte gerne mal eine konkrete Zahl von Euch lesen. Schliesslich brauchen wir in Spitälern und Pflege auch nach dem Sonntag genügend Personal. Du bist immer sehr kritisch gegenüber der Verwaltung. Warum willst Du nun die Beamten in Bern über die Zuwanderung entscheiden lassen und somit den KMU zusätzliche Bürokratie aufhalsen?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Natalie Rickli**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Das war doch eine einfache Frage: Bist Du für den EU-Beitritt? Deine Nicht-Beantwortung ist typisch für die SP und zeigt auf, worum es wirklich geht: Wir sollen nicht mehr über Verträge mit der EU verhandeln können. EU-Recht soll automatisch übernommen werden. So werden wir EU-Mitglied durch die Hintertür. Dagegen wehre ich mich. Die Schweiz hatte schon immer freundschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Ländern, was richtig und wichtig ist. Jedoch sind wir ein souveränes Land und als solches müssen wir selber über wichtige Sachen wie die Zuwanderung bestimmen können. Zuwanderung ja – aber massvoll. Das heisst es gibt kein automatisches Recht auf Familiennachzug, Zugang zu Sozialleistungen vom ersten Tag an, Sozialhilfe und Daueraufenthaltsbewilligungen. Deshalb brauchte es am Sonntag ein Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Ich schliesse aus Deiner Sorge um die KMU, dass Du bei den Abstimmungen über Mindestlöhne und Erbschaftssteuer ebenfalls auf unserer Seite bist. Leider wirst Du dann gegen Deine Partei stimmen müssen.

Liebe Grüsse
Natalie